



Gewaltprävention

Gewaltprävention - Jugendliche als interkulturelle Brückenbauer

Der Grosse Gemeinderat erklärte am 27. November 2001 ein Postulat mit folgendem Wortlaut erheblich: „Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht und Antrag zu stellen, ob und in welcher Weise geeignete Männer und Frauen unterschiedlichen Alters und von unterschiedlicher sozialer und sprachlich-kultureller Herkunft als interkulturelle Brückenbauer zur vermittelnden, konstruktiven Beilegung von Konflikten gewonnen und eingesetzt werden können.“

0 Zusammenfassung

Die Ursachen der Jugendgewalt sind komplex und vielschichtig. Dementsprechend sind auch Massnahmen zur Beilegung von Konflikten und zur Gewaltprävention vielfältig. Weniger die Realisierung eines Einzelmodells als vielmehr die Koordination und ein eventueller Ausbau verschiedener vielschichtiger Modelle sind zielführend.

Geeigneter Ansatz für mögliche Massnahmen ist die Mediation. Diese Methode baut auf der Individualität der Beteiligten und ihrer unterschiedlichen Sichtweise auf. Nicht die Frage nach Recht oder Unrecht, sondern die Suche nach einer zukunftsgerichteten, möglichst dauerhaften Konfliktbewältigung stehen dabei im Mittelpunkt. Gegenseitiges Verständnis sowie Kooperation sollen dabei gefördert werden.

Für Kinder und Jugendliche im Schulalter haben Erfahrungen gezeigt, dass mit sogenannten Konfliktlotsen – zum Beispiel in Schulhäusern – sehr positive Resultate erzielt werden können. Demgegenüber sind Mediationsprogramme ausserhalb des Schulbetriebs aufgrund fehlender Strukturen sowie fehlender Verbindlichkeit nur in abgeschwächter Form denkbar.

Für Jugendliche und junge Erwachsene werden die im Postulat erwähnten Aufgaben in erster Linie durch Mitarbeitende des Jugendsekretariates und Kontaktbeamte der Polizei wahrgenommen. Zusätzlich wäre eine stärkere Einbindung von Jugendlichen in den Jugendtreffpunkten denkbar. Ein Modell von Jugendlichen als interkulturelle Brückenbauer wird als



nicht realisierbar beurteilt und an dessen Stelle ein Modell „Jugendliche als Gewaltsensoren und Konfliktlotsen“ favorisiert.

Im Übrigen wird im Rahmen des Integrationskonzeptes der Stadt St.Gallen der Fokus auf jene Personen gelegt, die bereits heute beruflich oder ehrenamtlich an der Schnittstelle zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung tätig sind. Dabei werden diese Personen in modularen Weiterbildungskursen – wie zum Beispiel dem Kurs „Integration durch Mediation“ – für die interkulturelle Realität in ihrem Umfeld sensibilisiert.

Mit diesem Konzept können Brücken interkultureller Annäherung geschaffen und die gegenseitige Akzeptanz verbessert werden. In diesem Sinne kann mit den bestehenden, ausbaubaren Instrumenten dem Anliegen des Postulates entsprochen werden.

1 Ausgangslage

1.1 Beurteilung der Gewaltproblematik unter Jugendlichen

In der letzten Zeit ist es in der Stadt St.Gallen wie in der ganzen Schweiz wiederholt zu gewalthaften Zusammenstössen zwischen schweizerischen und ausländischen Jugendlichen gekommen. Jugendgewalt und verwandte, damit meist in einem unmittelbaren Zusammenhang stehende Themen wie Vandalismus, übermässiger Alkohol- und Drogenkonsum fanden deshalb vermehrt Beachtung in der Öffentlichkeit. Dabei fällt die Beurteilung der Gewaltproblematik unterschiedlich aus. Selbst Fachleute streiten sich darüber. Einige Fachleute betonen, dass spezifische Jugendgruppen mit abweichendem oder delinquentem Verhalten keineswegs eine Neuheit seien. Als Beispiele führen sie die Halbstarcken der 60er-, die Rocker der 70er- oder die Punks der 80er-Jahre auf, die damals das öffentliche Bild städtischer Jugend Szenen prägten. Inwiefern das Phänomen eines vermehrten Gewaltvorkommens unter Jugendlichen festgestellt werden könne, liesse sich daher nicht genau sagen. Auch aus wissenschaftlicher Sicht lässt sich bis heute eine erhöhte Gewaltbereitschaft von Jugendlichen nicht vollends belegen. Zwar weist die Kriminalstatistik der Schweiz, wie die der meisten westeuropäischen Länder, seit Beginn der 90er Jahre eine deutliche Zunahme jugendlicher Tatverdächtiger im Bereich der Gewaltdelinquenz auf, vor allem was Raub und Körperverletzung angeht. Kritiker fügen allerdings an, dass sich diese statistische Zunahme auch als Konsequenz der gesellschaftlichen Debatte über Jugendgewalt zu Beginn der 90er Jahre ergeben hat. Aufgrund der intensiven Medienberichterstattung reagiert die Bevölkerung heute sensibler auf Gewalt, womit Delikte bei der Polizei angezeigt werden, die früher noch unter Nachbarn geregelt oder nicht als anzeigewürdig empfunden worden sind. Obwohl die höhere Sensibilität der Bevölkerung gegenüber Gewalt einen Grund für die statistische Zunahme der Gewaltdelikte darstellen kann, darf in diesem Zusammenhang nicht ver-



gessen werden, dass gerade unter Jugendlichen oftmals aus Angst vor Repressalien auf eine Anzeige verzichtet wird. Im Übrigen haben Untersuchungen ergeben, dass die Verbreitung des Handys zu einem Anzeigeschub geführt hat: Der urbane Mensch schreitet nicht mehr selber ein und schaltet oft lieber bequem per Mobiltelefon spezialisiertes Staatspersonal ein.

Diese Relativierungen dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in den vergangenen Jahren die Qualität der Gewaltanwendung verändert hat. Verändert haben sich die Formen, in denen sich Gewalt ausdrückt und angewendet wird, das Alter der beteiligten Jugendlichen - dieses wird immer tiefer - sowie der Abbau der Hemmschwelle, Gewalt einzusetzen. Waren es früher meist natürliche Rangeleien oder Lausbubenstreiche, erscheinen diese heute häufiger in der Form von eigentlichen Gewaltvorfällen. Oftmals wird grundlos oder aus nichtigem Anlass zugeschlagen – einfach weil's "Spas" macht oder weil jemand "dumm geguckt hat". Es fehlt an Einfühlungsvermögen, Unrechtsbewusstsein und Schuldgefühl. Selbst wenn das Opfer am Boden liegt, wird weiter getreten und geschlagen. Es wird gedroht, genötigt und erpresst. Messer und andere Waffen werden eingesetzt. Auch werden Gewaltvorfälle zunehmend häufiger in der Gruppe bzw. durch Gruppen begangen. Tatsache ist deshalb, dass Jugendliche heute mehr als noch vor einigen Jahren gefährdet sind, Täterin bzw. Täter oder auch Opfer von Gewaltdelikten zu werden.

Diese Entwicklungen stellen die verschiedensten Amtsstellen wie etwa die Polizei, die Schulen, das Jugendsekretariat, die Integrationsstelle, aber auch private Institutionen wie Quartiervereine oder die Stiftung Suchthilfe vor neue Herausforderungen, die nur im Verbund und mit gemeinsamen Lösungen angegangen werden können. Dabei sind zur Gewaltverhinderung vermehrt präventive Massnahmen gefragt, die einen Beitrag zur Integration, zur Förderung von gegenseitiger Akzeptanz und gegenseitigem Verständnis sowie zum Abbau von Vorurteilen zwischen Gruppierungen verschiedener Kulturen leisten. Eine Möglichkeit ist der Einsatz von sogenannten interkulturellen Brückenbauern, die zur vermittelnden und konstruktiven Beilegung von Konflikten eingesetzt werden könnten.

1.2 Ursachen und Hintergründe für Jugendgewalt

Die Ursachen und Hintergründe für die oben aufgeführten Entwicklungen sind komplex. Als mögliche Erklärung nennen Fachleute lebensgeschichtliche Wurzeln im Sinne von traumatisierenden Erfahrungen, in denen der Jugendliche selber Opfer war. Dazu kommen verunsichernde Faktoren, die mit dem Übergang von der Kindheit in die Adoleszenz zusammenhängen. Für die Bindungslosigkeit werden die Gesellschaft und zum Teil auch ihre Institutionen verantwortlich gemacht, die die Jugendlichen mit ihren Fragen allein und sie ihre Grenzen



selber suchen lässt. Dabei sind es vor allem die folgenden vier Tendenzen in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung, die Unsicherheit erzeugen: Fragmentierung und Individualisierung, das Verschwinden sinnstiftender Institutionen, die Entfremdung des Menschen von der Natur sowie der Wertezusammenbruch. Durch diese Faktoren ist der Einstieg ins Erwachsenenleben, der durch Arbeitslosigkeit, schlechte Bildungs- und Berufschancen oder verschiedene Probleme der Migration zusätzlich erschwert werden kann, wohl schwieriger geworden. Als Reaktion resignieren viele Jugendliche und ziehen sich in Felder zurück, in denen sie sich stark fühlen und sich behaupten können. Dabei wird Gewalt oftmals aus einer Gruppierung von Jugendlichen heraus verübt. Häufig wird Gewalt nicht nur zur Erreichung irgendwelcher materieller oder anderer Vorteile eingesetzt, sondern als Demonstration von Macht und zur Demütigung und Erniedrigung der Opfer. Jugendliche suchen häufig in Cliquen Strukturen, die sie anderweitig nicht vorfinden. In Jugendgruppen werden ihnen Orientierung, Solidarität, Geborgenheit, eine klare Hierarchie, strukturgegebene Rituale und oft auch ein Feindbild angeboten.

Im Übrigen sind Freiräume für Kinder und Jugendliche insgesamt kleiner und enger geworden. Immer öfter fehlt es an geeigneten Plätzen für jugendliche Freizeitaktivitäten. In einer stärker verbauten Umgebung prallen auf weniger öffentlichem Raum mehr unterschiedliche Anliegen und Nutzungsinteressen zusammen. Dies führt in allen Stadtteilen zu vielfältigen Konflikten zwischen Jugendlichen untereinander, aber auch gegenüber Erwachsenen. Oft ziehen die Jugendlichen in diesen Auseinandersetzungen den Kürzeren, da ihre Anliegen meist wenig Unterstützung finden. Wer mit seinen Bedürfnissen nicht gehört wird, wer immer nur weggeschickt wird, erfährt das Gefühl von Ablehnung und Ohnmacht. Dadurch erhöht sich die Gefahr, dass Auseinandersetzungen eskalieren, was wiederum beispielsweise zu Vandalismus, Sachbeschädigungen oder Schlägereien führen kann.

Je länger je mehr verliert die Familie an Bedeutung bei der Erziehung und Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Emotionale und soziale Bedürfnisse werden oft nicht oder nur unzureichend erfüllt, was sich auf die Entwicklung junger Menschen negativ auswirken kann. Verstärkt werden daher der Staat und insbesondere die Schule beauftragt, familiäre Defizite zu kompensieren. In vielen Bereichen ist dies allerdings schwierig, da der Staat die Familie weder zu ersetzen vermag, noch aus staatspolitischen Überlegungen gewillt ist, diese Verantwortung zu übernehmen.

Die Ursache für gewaltsame Zusammenstöße zwischen schweizerischen und ausländischen Jugendlichen liegt oft im fehlenden gegenseitigen Respekt, mangelnder Akzeptanz und Duldung sowie in der ungenügenden Kenntnis über die fremde Kultur und deren Umgang mit Gewalt. Vielfach grenzen sich die Jugendlichen entsprechend ihrer Nationalität voneinander ab. Dadurch reduzieren sich Begegnungsmöglichkeiten und als Folge davon die



persönlichen Bezugspunkte. Misstrauen und Vorurteile sind das Resultat dieser Entwicklung, die schliesslich den Nährboden für gewaltsame Aktionen bilden.

Unbestritten sind die Ursachen von Jugendgewalt vielschichtig und komplex. Entsprechend gibt es verschiedene Möglichkeiten und Massnahmen, um Kinder und Jugendliche im Prozess des Erwachsenwerdens zu begleiten, sie bei einer für sie befriedigenden Lebensbewältigung zu unterstützen und ihre Kompetenzen zur Lösung von persönlichen oder sozialen und familiären Problemen zu fördern. So berät und betreut die Schulsozialarbeit Kinder, Jugendliche und Familien, oder letztere werden von staatlichen oder privaten Institutionen mit Beitragsleistungen in den erwähnten Feldern unterstützt und begleitet. Neben der Beratung sind aber auch partizipative Projekte und Programme notwendig, um die eingangs erwähnten Probleme in den Griff zu bekommen. Eine Möglichkeit dazu stellt die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in Mediation dar.

2 Mediation als ein möglicher Lösungsansatz

Wo unterschiedliche Kulturen aufeinander treffen, kommt es nicht selten zu Spannungen und Konflikten, welche das Zusammenleben ernsthaft belasten können. Dabei verfügen die Beteiligten oft nicht über die geeigneten Mittel, um solche Konflikte konstruktiv zu lösen. Eine wirksame und erprobte Methode zur einvernehmlichen Lösung von Konflikten ist die Mediation. Dabei werden die Parteien von einer aussenstehenden, neutralen Drittperson, einer Mediatorin oder einem Mediator mit entsprechender Ausbildung darin unterstützt, eine für alle Beteiligten stimmige Lösung zu finden. Im Mittelpunkt steht nicht die Frage nach Recht oder Unrecht, sondern die Suche nach einer zukunftsgerichteten, möglichst dauerhaften Konfliktbewältigung. Diese Methode baut auf der Individualität der Beteiligten und ihren unterschiedlichen Sichtweisen auf. Sie zielt darauf ab, die Kommunikation, das gegenseitige Verständnis sowie die Kooperation unter den Beteiligten zu fördern. Dazu gehört, ein Gespür für Chancen zu entwickeln, ebenso Geduld, Kreativität, Ausdauer und Offenheit an den Tag zu legen. Richtig eingesetzt, stellt die Mediation daher ein geeignetes Mittel zur Förderung von gegenseitiger Akzeptanz und gegenseitigem Verständnis sowie zum Abbau von Vorurteilen zwischen Gruppierungen verschiedener Kulturen dar.

2.1 Peer-Mediation: Streitschlichtung durch Gleichaltrige

In verschiedenen pädagogischen Bereichen gewinnen Peer-Education-Ansätze verstärkt Aufmerksamkeit und erzielen positive Wirkungen. Gemeinsames Merkmal der verschiedenen Ansätze ist, dass jugendliche Peers (d.h. also Gleichaltrige, Gleichrangige, zur gleichen Jugendkultur Gehörende) in der pädagogischen und präventiven Arbeit für die entsprechen-



de Zielgruppe gewonnen, einbezogen und beteiligt werden. Jugendliche werden mit und für andere Gleichaltrige als Multiplikatoren oder Mediatorinnen bzw. Mediatoren aktiv.

Peer-Ansätzen liegt die Erkenntnis zugrunde, dass der Einfluss Erwachsener auf die heutige Jugend wesentlich geringer ist als jener der Gleichaltrigen. Sie nutzen demzufolge den Vorteil, dass über Gleichaltrige Kinder und Jugendliche besser erreicht werden können und Jugendliche sich Gleichrangige, also Peers als Modelle für Einstellungen und Verhaltensweisen aussuchen. Ausserdem tragen Peer-Ansätze zur Stärkung von Netzwerken und zur Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen bei. Der Anzahl und Qualität von tragfähigen Beziehungen kommt eine grosse Bedeutung für die Bewältigung von alltäglichen Herausforderungen zu. Netzwerke dienen dem Wohlbefinden und zur sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen.

2.1.1 Peer-Mediation in der Schule

Vielfältige Ursachen führen im Schulalltag häufig zu Konflikten. Je weniger die Beteiligten jedoch fähig sind, mit Konflikten umzugehen und sie zu lösen, desto mehr belasten sie und umso schneller arten sie aus. Dabei beklagen Lehrkräfte und Behörden des Öfteren den Mangel an wirksamen Instrumenten und konkreten Handlungsmustern zur Verbesserung der Situation.

Ein möglicher und bereits an vielen Orten erfolgreich erprobter Lösungsansatz ist die Peer-Mediation, in der Schule auch Mediation durch Konfliktlotsen genannt. In der Peer-Mediation unterstützen die zu Konfliktlotsen ausgebildeten Schülerinnen und Schüler in einem einfachen, klar strukturierten Verfahren die Konfliktparteien. Die Regie für den ganzen Prozess obliegt dem Konfliktlotsen. Zunächst hat jede Partei die Möglichkeit, ihre Sichtweise darzulegen, während die andere zuhört. Anschliessend werden die Bedürfnisse und Interessen der Parteien ermittelt und es wird nach Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten gesucht. Gestützt darauf entwickeln die Parteien Lösungsoptionen und entscheiden sich dann für eine Lösung. Diese wird als gemeinsame Vereinbarung in der Regel schriftlich festgehalten und beiderseits unterzeichnet. Die Konfliktlotsen werden jeweils von der Schulklasse gewählt.

Die Ausbildung der Konfliktlotsen übernehmen ausgebildete Mediatoren bzw. Mediatorinnen. Es können auch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sein. Die Ausbilder bzw. Ausbilderinnen unterstützen die Konfliktlotsen bzw. die Peer-Mediatorinnen und Mediatoren bei Bedarf im Einzelfall und begleiten auch den Erfahrungsaustausch untereinander. Als hilfreich hat sich eine parallele Ausbildung der Lehrkräfte erwiesen. Dadurch sind Lehrkräfte in der Lage, den Streitschlichterinnen und Streitschlichtern beratend zur Seite zu stehen.



Dies hat den Vorteil, dass die Ausbilderinnen bzw. Ausbilder nur noch in Ausnahmefällen beigezogen werden müssen.

Die Erfahrungen in anderen Ländern haben gezeigt, dass sich die Peer-Mediation bereits bei Primarschülerinnen und Primarschülern wirkungsvoll einsetzen lässt. Bemerkenswert ist die Feststellung, dass oft unangepasste, als schwierig eingestufte Jugendliche beim Einsatz als Konfliktlotsen besonders erfolgreich agieren.

1999 wurde beschlossen, Schulmediation in der 1. und 2. Oberstufe flächendeckend einzuführen. Allerdings nahmen bereits ein Jahr später einige Schulhäuser vom Programm Abstand, z.T. wegen ungenügender Unterstützung und Überzeugung der Lehrkräfte. Zurzeit werden nur noch in den Oberstufenschulen Blumenau und Engelwies Schülerinnen und Schüler zu Konfliktlotsen ausgebildet. Dagegen führten im vergangenen Herbst erstmals die Primarschulen Feldli und Engelwies entsprechende Projekte durch, was aufgrund der positiven Erfahrungen sehr zu begrüßen ist. Denn bei entsprechender Umsetzung der Programme verändert sich die Streitkultur in einem Schulhaus wesentlich, und die Kinder und Jugendlichen lernen einen konstruktiven Umgang mit Konflikten. Darüber hinaus leistet Mediation einen wichtigen Beitrag zur Erziehung junger Menschen hin zu eigenverantwortlichen, ich-starken, kritik- und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Dadurch wirkt Mediation nicht nur im Schulalltag. Sie wirkt sich auch auf das Leben in der Familie oder auf den Umgang mit Gleichaltrigen aus. Mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen leisten die Konfliktlotsen wertvolle Gewaltprävention.

Aufgrund der positiven Erfahrungen ist im Rahmen eines gesamtstädtischen Schulentwicklungsprojektes denkbar, Konfliktlotsenkurse als Standard in der Qualitätsentwicklung der Schulen festzulegen und die Schulen zu verpflichten, pro Schulhaus eine gewisse Anzahl Kinder und Jugendliche zu Konfliktlotsen auszubilden. Mit der Einführung solcher Programme würde die Schule aber aus ihrer Verantwortung für weitere Massnahmen der Gewaltprävention nicht entlassen, denn die Streitschlichtung im Einzelfall durch Gleichaltrige kann pädagogische Massnahmen der Vorbeugung von Gewalt und des Umgangs mit Gewalt und Konflikten nicht ersetzen.

2.1.2 Peer-Mediation ausserhalb der Schule

Im Gegensatz zum Schulbetrieb fehlt es im Freizeitbereich an Strukturen und Verbindlichkeit, um Konfliktlotsenprogramme analog zur Schule einzuführen und umzusetzen. Daher sind Mediationsprogramme ausserhalb des Schulbetriebes nur vereinzelt oder in abgeschwächter Form denkbar. Möglich wäre eine stärkere Einbindung der Jugendlichen in den Jugendtreffpunkten. Dabei hätten sie nicht in erster Linie die Aufgabe, zwischen den Konfliktparteien zu



vermitteln, vielmehr würden sie die zerstrittenen Parteien motivieren, zur Vermittlung im Konflikt eine Jugendarbeiterin bzw. einen Jugendarbeiter aufzusuchen. Zusätzlich dürfte erwartet werden, dass dieselben Jugendlichen die Jugendarbeiterin / den Jugendarbeiter, aber auch den Kontaktbeamten der Polizei, auf Probleme oder schwelende Auseinandersetzungen im Quartier aufmerksam machen. Sie hätten damit die Funktion sogenannter „Gewaltsensoren“, da Jugendliche meistens besser über sich anbahnende Konflikte informiert sind bzw. dafür über ein besseres Sensorium verfügen als Erwachsene und damit Probleme früher erkennen. Damit bestünde Gewähr, die Gewaltspirale frühzeitig zu durchbrechen oder das Kippen von Konflikten in gewalttätige Auseinandersetzungen ganz zu verhindern. Private Organisationen wie etwa das National Coalition Building Institute (NCBI), das in diversen Gemeinden mit ihren Peacemaker-Programmen beachtliche Erfolge erzielen konnte, oder das Zentrum für Mediation könnten bei der Implementierung entsprechender Programme herangezogen werden. Wichtig wäre, dass die Jugendlichen von Fachpersonen betreut und begleitet werden. Ausserdem müssten Kompetenzen und Aufgabenbereiche klar definiert und eine gewisse Kontinuität sichergestellt werden. Bezüglich der Kontinuität gilt es aber zu bedenken, dass sich die Zielgruppe der offenen Jugendarbeit zwischen 13 und 17 Jahren bewegt und daher die Zeit, die für die Ausbildung und Etablierung des Jugendlichen notwendig ist, kurz ist.

Obwohl Jugendliche über Gleichaltrige in der Regel besser erreicht werden können, steht der Stadtrat der Vorstellung, Jugendliche als Konfliktlotsen mit zusätzlichen Überwachungs- und Meldedfunktionen – ähnlich den Securitaswächtern – anzustellen, ablehnend gegenüber. Abklärungen haben ergeben, dass Jugendliche für diese Art von Aufgaben nicht in Frage kommen können. Die wohl stichhaltigsten Begründung liegt im Generationenkonflikt, dem sich die Jugendlichen aussetzen würden. Einerseits sind sie selbst in ihrer Freizeit im Quartier mit unterschiedlichen Gleichaltrigen in Kontakt, andererseits sollten genau sie bei Konflikten ihnen gegenübertreten und die Verbindung zu Behörden und Autoritätspersonen herstellen. Jugendliche wären in solchen Situationen überfordert und liefen Gefahr, von ihren Kolleginnen und Kollegen ausgegrenzt bzw. nicht mehr akzeptiert zu werden. Ausserdem ist man im Jugendalter stark mit der Entwicklung seiner eigenen Identität beschäftigt und orientiert sich dabei an bestimmten Mustern und Verhaltensweisen. Vielfach geschieht dies in Gruppen, wobei diese in der Regel nach Nationalitäten aufgesplittet sind. Gleichzeitig sollten sie als junge Mediatorinnen und Mediatoren einen Perspektivenwechsel vornehmen können, über gute Kenntnisse der fremden, wie auch der eigenen Kultur verfügen und diesbezügliche Unterschiede nicht leugnen, sondern klar benennen können. Es versteht sich von selbst, dass Jugendliche diese Forderungen nur bedingt erfüllen können und daher schnell an ihre Grenzen geraten würden.



2.2 Mediation durch Erwachsene

Im Postulat wird vorgeschlagen, dass „im Rahmen der Gewaltverhinderung interkulturelle Brückenbauer bzw. interkulturelle Friedensstifter eine wichtige Aufgabe übernehmen könnten. Den polizeilichen Kontaktbeamten in den Quartieren vergleichbar, wäre es dann die Aufgabe dieser Friedensstifter, aus den unterschiedlichsten Kulturkreisen einerseits das gegenseitige Verständnis zwischen den verschiedenen Gruppen der Heranwachsenden zu fördern, andererseits aber auch die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen. Als anerkannte Autoritätspersonen kämen ihnen – ähnlich wie den Securitaswächtern – Überwachungs- und Meldenfunktionen zu, nicht aber Polizeigewalt.“

Wie in anderen schweizerischen Städten werden die erwähnten Aufgaben auch in der Stadt St.Gallen durch Mitarbeitende diverser Amtsstellen wahrgenommen. Es sind dies in erster Linie in der Jugendarbeit tätige Personen und Kontaktbeamte der Polizei. Dabei verfolgen sie mit ihrer Arbeit in den Quartieren nicht das Ziel, Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen im Raum zu verhindern, sondern vielmehr, konstruktive Formen des Umgangs mit sozialen Spannungen zu finden und Brücken interkultureller Begegnung zu schlagen. Da die aktuellen Ressourcen im erwähnten Aufgabenfeld ausreichen, besteht kein Anlass, zusätzliches Personal im Sinne des Postulates zu rekrutieren.

Anstelle neuen Personals wird im Rahmen des Integrationskonzeptes der Stadt St.Gallen der Fokus auf jene Personen gelegt, die bereits heute beruflich oder ehrenamtlich an der Schnittstelle zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung tätig sind. Beispiele dafür sind Verwaltungsangestellte, Verantwortliche in Ausländerorganisationen, Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Führungskräfte und Personalverantwortliche in Unternehmen oder Mandatsträger. Mit modularen Weiterbildungskursen werden diese Schlüsselpersonen für die interkulturelle Realität in ihrem Umfeld sensibilisiert. Zielsetzung dieses Kursangebotes der Integrationsstelle der Stadt St.Gallen ist die Optimierung bestehender Strukturen hin zu „integrations-fitten“ Unternehmungen und Verwaltungen. So wird u.a. der Kurs „Integration durch Mediation“ angeboten. Ziel dieses Kurses ist es, die Kommunikation, das gegenseitige Verständnis sowie die Kooperation unter den Beteiligten zu fördern. Die erlernte Methode bietet sich für interkulturelle Konflikte an und stellt ein geeignetes Mittel zur Unterstützung der Integration dar.

3 Massnahmen des Jugendsekretariates

Im präventiven Bereich leistet das Jugendsekretariat bereits heute einen wichtigen Beitrag zu einem besseren Verständnis und zur Akzeptanz zwischen den verschiedenen Kulturen.



Viele Jugendliche werden durch verschiedene Angebote und Massnahmen ermutigt und unterstützt, sich in grösstmöglicher Eigeninitiative für die Verbesserung ihres Freizeitangebotes, ihres Lebensumfeldes sowie für die Realisierung ihrer Ideen einzusetzen.

3.1 Aufsuchende Jugendarbeit

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, nehmen Jugendliche vermehrt den öffentlichen Raum in Beschlag, treffen sich in Parks oder auf der Strasse und entwickeln Territorialverhalten. Diese Räume sind für die Jugendphase eminent wichtig. Sie sind Orte des Austausches von Informationen, des Knüpfens von Beziehungen und bieten Möglichkeiten gruppenspezifischer Identitätsfindung. Ziel der aufsuchenden Jugendarbeit ist es, möglichst auch jene Jugendlichen zu erreichen, die die Angebote des Jugendtreffpunkts nicht nutzen. Daher ist der Bezugspunkt nicht nur der Jugendtreffpunkt, sondern vielmehr die gesamte Lebenswelt wie etwa das unmittelbare Quartier. Dank der Doppelbesetzung der Jugendtreffpunkte bei entsprechender Stellenausweitung (von 80 auf 140 Stellenprozent pro Treffpunkt) können sich die Mitarbeitenden des Jugendsekretariats vermehrt der aufsuchenden Jugendarbeit widmen. In persönlichen Gesprächen wird ein Vertrauensverhältnis aufgebaut, welches in Konfliktsituationen befähigen soll, präventiv bzw. vermittelnd einzugreifen. Im Weiteren unternehmen die Jugendarbeiterinnen und -arbeiter alles, um in Kooperation mit den Jugendlichen für Ordnung zu sorgen.

Im Rahmen der aufsuchenden Jugendarbeit findet eine gute Zusammenarbeit mit der Präventionsstelle der Stadtpolizei, den Kontaktbeamten der jeweiligen Quartiere, den Schulen und der Gassenarbeit statt. Im Verbund können Lösungen gefunden werden, die eine Eskalation oder Auffälligkeiten im Quartier verhindern. Obwohl die Jugendarbeiterinnen und -arbeiter nicht immer an jedem Ort und die Jugendtreffpunkte nicht 24 Stunden geöffnet sein können, ist der Ansatz der aufsuchenden Jugendarbeit erfolversprechend. Durch die Nähe zur Jugendszene erkennen und erfahren die Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter früh von schwelenden Auseinandersetzungen und Konflikten. Vermittelnde Gespräche mit den Parteien bewirken oft, dass Konflikte beigelegt werden können oder mindestens nicht in gewalttätige Auseinandersetzungen ausarten.

Neben der aufsuchenden Jugendarbeit werden vom Jugendsekretariat weitere Massnahmen zur Gewaltprävention getroffen. So finden in den Jugendtreffpunkten Themenabende zu Gewalt oder fremden Kulturen unter Einbezug von Fachleuten oder Eltern statt. Weiter sind Jugendliche in sogenannten Betriebsgruppen aufgefordert, trotz unterschiedlicher Herkunft zusammen zu arbeiten und einen Teil ihrer Freizeit miteinander zu gestalten. Zudem bieten diverse Anlässe oder der jährlich wiederkehrende Jugendtreffpunkt Blackbox am



OLMA-Jahrmarkt Möglichkeiten, Spannungen abzubauen und den interkulturellen Austausch zu verbessern.

Als eine Massnahme zur Förderung der Integration ausländischer Jugendlicher hat das Jugendsekretariat Jugendarbeiter mit ebenfalls ausländischer Herkunft angestellt. Diese eignen sich besonders gut als Brückenbauer, da sie Umgangsformen, Werthaltungen und Probleme ihrer Landsleute kennen und aus der eigenen oder der Migrationserfahrung der Familie auch besser verstehen. Aus diesem Grund soll in Zukunft diesem Aspekt noch vermehrt Rechnung getragen werden. Bei der Besetzung von Vakanzen wird geprüft, ob die Stelle mit einer Jugendarbeiterin, einem Jugendarbeiter aus einem fremden Kulturkreis besetzt werden soll. Zurzeit zeigt sich aber die Arbeitsmarktsituation so, dass nicht genügend Fachpersonal mit ausländischer Herkunft rekrutiert werden könnte.

3.2 Ausbau der aufsuchenden Jugendarbeit im Stadtzentrum

Wiederholt musste in den vergangenen Monaten festgestellt werden, dass insbesondere an Wochenenden Jugendliche hauptsächlich in der Innenstadt exzessiv Drogen und Alkohol konsumieren, vandalieren, randalieren und Sachschäden verursachen. Dabei kam es auch zu gewaltsamen Zusammenstössen unter Jugendlichen. Grundsätzlich sind solche Vorkommnisse nichts Neues, sie treten vor allem in den wärmeren Jahreszeiten in Erscheinung. Neu ist aber für die Stadt St.Gallen die Häufigkeit dieser negativen Begleiterscheinungen. Folgen des nächtlichen Aufenthalts der Jugendlichen auf diversen öffentlichen Plätzen in der Innenstadt sind vermehrte Polizeieinsätze, Reklamationen aus der Bevölkerung und das regelmässige Reinigen der Plätze unter Beseitigung des Unrats.

Aufgrund dieser Vorkommnisse haben das Jugendsekretariat zusammen mit der Polizei und die Gassenarbeit die Situation in der Innenstadt beobachtet und die Jugendlichen zur Situation befragt. Die Auswertung soll Auskunft über die Motive und Hintergründe des Verhaltens der Jugendlichen geben. Allgemein bestätigt die Feldbeobachtung den Handlungsbedarf für Massnahmen in der Innenstadt. Mögliche Strategien dazu sind erhöhte polizeiliche Präsenz und Aufklärungsarbeit auf der einen und der Aufbau von offener bzw. aufsuchender Jugendarbeit auf der anderen Seite. Zu beachten ist, dass Konzepte der Jugendprävention und der Jugendarbeit erfahrungsgemäss nur dann greifen, wenn sie sich auf eine ausgebaute Infrastruktur abstützen können – d.h. wenn vorliegend den Jugendlichen Räume in der Innenstadt zur Verfügung stehen. Bei der Beantwortung des hängigen Postulates "Jugendarbeit im Zentrum" werden diese Fragen aufgegriffen und ein Konzept zur Verbesserung der Jugendarbeit in der Innenstadt präsentiert.



4 Weitere Massnahmen zur Gewaltprävention in der Stadt St.Gallen

4.1 Gewaltprävention als Querschnittsaufgabe

Aus den bisherigen Erläuterungen wird deutlich, dass Gewaltprävention nicht allein die Aufgabe der Schule bzw. des Jugendsekretariates sein kann. Diverse andere Verwaltungsstellen wie etwa die Polizei, die Gassenarbeit oder die Jugendanwaltschaft leisten ebenfalls wertvolle Präventionsarbeit, wobei untereinander ein enger und intensiver Informationsaustausch stattfindet, um die erwähnten Probleme interdisziplinär angehen zu können und Lösungen dazu zu finden. Institutionalisiert ist diese Zusammenarbeit in der AG "Interdisziplinäre Problemlösungen".

4.2 Präventionskonzept der Stadtpolizei St.Gallen

Im Zentrum der Jugendprävention der Stadtpolizei steht das Präventionskonzept KAPA (Kontakt, Aufklärung, Präsenz, Anzeigen). Danach pflegt die Stadtpolizei mit den Jugendlichen einen engen Kontakt an Schulen, aber auch in der Freizeit. Kontakt heisst, mit den Jugendlichen an allen möglichen Orten und über verschiedenste Kanäle ins Gespräch zu kommen. Dank der zweijährigen Präventionsarbeit und der Quartierpräsenz bekommt die Stadtpolizei vermehrt Hinweise von Jugendlichen. Diese machen die Stadtpolizei per SMS, E-Mail oder brieflich auf Probleme und Missstände aufmerksam. Bei all diesen Kontakten wird immer auch Aufklärung betrieben. Die Stadtpolizei macht die Jugendlichen auf die Problematiken aufmerksam und bespricht mit ihnen mögliche Massnahmen, die von den Jugendlichen wenn möglich selber realisiert werden können. Daneben werden zu den diversen Themen wie Diebstahl, Vandalismus, Sprayereien, Drogenkonsum, Gewalt unter Jugendlichen oder Rassismus Vorträge an Schulen gehalten. Mit gezielter Präsenz, dem dritten Element des Konzeptes, sollen sodann Jugendliche davon abgehalten werden, Straftaten zu begehen. Falls dies trotzdem nicht verhindert werden kann und die Täterin oder der Täter ausfindig gemacht werden kann, kommt es zur Anzeige. Selbst dann, das heisst während des Strafverfahrens, sind Gespräche (Eltern, Polizei und Schule) im Hinblick auf eine wirksame Lösung unabdingbar.

Das Jugendpräventionskonzept wird von allen Beamtinnen und Beamten der Stadtpolizei getragen und bewusst angewendet. Eine zentrale Rolle kommt dabei den Kontaktbeamten zu, die rund die Hälfte ihrer Arbeitszeit für die Jugendprävention einsetzen. Sie, wie auch die anderen Polizistinnen und Polizisten werden vom Leiter der Fachstelle Prävention geschult und über die Einsatzschwerpunkte instruiert. Er ist überdies verantwortlich für die Umset-



zung und Aktualisierung des Konzeptes und pflegt den intensiven Kontakt zu anderen Amtsstellen, insbesondere zum Jugendsekretariat.

4.3 Kerngruppe Jugendgewalt St.Gallen

Um vorab die Jugendgewalt besser in den Griff zu bekommen, wurde eine Kerngruppe Jugendgewalt gebildet. Sie besteht aus Vertreterinnen und Vertretern diverser Dienststellen, die sich mit der Thematik befassen. In gegenseitigem Erfahrungs- und Informationsaustausch soll möglichst früh erkannt werden, welche Jugendliche zu gewaltbereitem Verhalten neigen und welche zu Gewalt bereit sind. Durch die Früherkennung soll die Eskalation von Gewalt verhindert werden und es sollen neue Strategien im Umgang mit gewaltbereiten bzw. gewalttätigen Jugendlichen entwickelt werden. Die Kerngruppe erarbeitet aber auch Problemlösungen oder Problemlösungsansätze in konkreten Fällen (Case-Management) und unterstützt die Lehrkräfte.

4.4 Integrationsmassnahmen

Ausländische Jugendliche sehen sich aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse, unzureichender Kenntnisse von schweizerischen Normen und Werten oder unterschwelligem Rassismus – wie er sich z.B. bei der Lehrstellensuche zeigen kann – mit diversen Nachteilen konfrontiert, die Frustration und in einem weiteren Stadium aggressives, gewaltsames Verhalten mit sich bringen können.

Wie wichtig Massnahmen zur Integration sind, lässt sich anhand der Statistik belegen. In der Stadt St.Gallen leben rund 3'905 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 19 Jahren, davon sind knapp 34 % ausländischer Herkunft. Die Anzahl ausländischer Jugendlicher erhöht sich bei den Jüngeren (0-14 jährig) auf 36 %. Dies macht die Notwendigkeit deutlich, in die Jugendintegration zu investieren, zumal Jugendliche als Schlüsselfiguren für die Integration ihren Familien und als Erwachsene von Morgen ein bedeutendes Integrationspotenzial mit sich bringen.

Im Rahmen des Integrationskonzeptes der Stadt St.Gallen werden diverse Kurse angeboten bzw. Programme durchgeführt, die zur Verbesserung der Integration der ausländischen Bevölkerung beitragen sollen. Gerade die Schule als Angelpunkt erfolgreicher Integrations- und Bildungsarbeit wird in diversen Projekten durch die städtische Integrationsstelle unterstützt. Erwähnt seien das Schulhausprojekt „Intervita“ der Realschule Engelwies und das Projekt „Mitten unter euch“, die Kurse „Deutsch für Mütter“ in den Primarschulen, die Mediativ-



onskurse des Zentrums für Mediation in St.Gallen und die Integrationskurse des Zentrums für Friedensforschung sowie die Projekte „Information ist Integration“ und „Früherfassung“.

Wie bereits erwähnt, befinden sich Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren in einem Generationenkonflikt. Dabei zeigt sich der Ablösungsprozess in ausländischen Familien oft radikaler, da fehlendes Wissen über Entwicklungsprozesse und kulturbedingte Taburegeln eine aktive und offene Auseinandersetzung mit der Thematik verhindern. Im Rahmen diverser Projekte und Programme wird mit zahlreichen Massnahmen dieser Problematik Rechnung getragen. Zu diesen Massnahmen gehören z.B. Informationsveranstaltungen von betroffenen Fach- und Verwaltungsstellen bei bzw. mit Ausländerorganisationen, bewusste Partizipation von ausländischen Eltern in Steuergremien, beispielsweise Vereinsvorständen, Organisationskomitees und Fachkommissionen, die Förderung des schulischen Elterngespräches zur verbindlichen Auseinandersetzung über Werte und Erwartungen oder der Aufbau und die Umsetzung von schulischen Brückenangeboten wie z.B. die Möglichkeit zur Absolvierung einer Vorlehre oder eines Berufsvorbereitungsjahres.

Sehr gute Ergebnisse zur Förderung gegenseitiger Akzeptanz und Duldung werden im Rahmen partizipativer Projekte erzielt - wie z.B. die Produktion eines Videos, die Übernahme von Aufgaben in Jugendtreffpunkten oder die Organisation von Partys. Trotz unterschiedlicher Herkunft gestalten die Jugendlichen ihre Freizeit gemeinsam und lernen sich dadurch besser kennen. Verschiedene Projekte dieser Art haben gezeigt, dass durch ein verbindendes Element wie z.B. das Medium Musik Brücken interkultureller Begegnung geschlagen werden können.

Um Brücken interkultureller Annäherung zu bauen, wäre es wichtig, möglichst viele und kontinuierlich stattfindende Begegnungsmöglichkeiten (Feste, Veranstaltungen, etc.) zu schaffen, um die persönlichen Bezugspunkte zwischen den sozialen Gruppen zu erhöhen. Vorausgesetzt, dass dies zu grösserer gegenseitiger Akzeptanz führt, ergäbe sich daraus eine geeignete Grundlage für die Entwicklung konstruktiver und alltagsnaher Formen des Umgangs mit sozialen Spannungen und gewaltsamen Konflikten.

5 Schlussbeurteilung

Der vorliegende Bericht zeigt in einer breiten Auslegung bestehende, mögliche und förderungswürdige Präventionsmassnahmen und Instrumente für eine bessere Konfliktkultur und Konfliktbewältigung unter Jugendlichen, die allesamt geeignet sind, Gewalt und Gewaltpotenziale in den Jugendszenen abzubauen, bestenfalls zu verhindern. Die Vielfältigkeit der Jugendszenen und der Jugend an sich verlangt nach vielfältigen Massnahmen, welche jede für sich einiges, im Verbund aber, d.h. koordiniert und gebündelt vieles bewirken kann. So



gesehen ist nicht ein "interkulturelles Brückenbauer-Modell" in der Lage, das Ziel einer umfassenden Gewaltprävention zu erreichen, sondern es ist die Vielfalt solcher Modelle. In diesem Sinne ist der Stadtrat überzeugt, mit den bestehenden Instrumenten zur Gewaltprävention und den ins Auge gefassten weiteren Massnahmen dem Anliegen des Postulates zu entsprechen, auch wenn das im Postulat u.a. vorgeschlagene Modell von Jugendlichen als interkulturellen Brückenbauern als nicht realisierbar beurteilt wird.

6 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat "Gewaltprävention – Jugendliche als interkulturelle Brückenbauer" wird als erledigt am Protokoll abgeschrieben.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

